Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10326

31. 03. 98

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Heuer, Maritta Böttcher, Dr. Ludwig Elm, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Rainer Eppelmann und der Fraktion der CDU/CSU, der Abgeordneten Markus Meckel, Siegfried Vergin und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Gerald Häfner, Gerd Poppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Dr Rainer Ortleb, Dr. Max Stadler, Ina Albowitz und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksachen 13/9870, 13/10325 –

Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. Die Bezeichnung des Gesetzes wird wie folgt geändert:

   „Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR."

2. § 1 wird wie folgt geändert:

   Die Wörter „Aufarbeitung der SED-Diktatur" werden durch die Wörter „Aufarbeitung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR" ersetzt.

3. § 2 wird wie folgt geändert:

   a) In Absatz 1 werden die Wörter „Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR" durch die Wörter „Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR" ersetzt. Der Satzteil „den antiautoritären Konsens in der Gesellschaft" in Absatz 1 wird gestrichen

   b) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

      „(2) Der Erfüllung dieses Zweckes dienen insbesondere:

      1. die projektbezogene Förderung von gesellschaftlichen Aufarbeitungsinitiativen, von Verbänden der Opfer der

Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR;

2. die Unterstützung der Beratung und Betreuung von Opfern der Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR;

3. die Förderung der politisch-historischen Aufklärung und der wissenschaftlichen Arbeit über die Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR im deutsch-deutschen und internationalen Kontext;

4. (unverändert)

5. die Mitgestaltung des Gedenkens an die Opfer der Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR sowie der Erinnerung an die deutsche Teilung und an die friedliche Revolution 1989/90;

6. die Förderung der Zusammenarbeit mit gleichgelagerten Initiativen in Ländern, die dem Warschauer Vertrag bzw. dem RGW angehörten."

c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 werden die Wörter „Aufklärung über die SED-Diktatur" durch die Wörter „Aufklärung über die Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR" ersetzt.

bb) In Nummer 4 werden die Wörter „Aufarbeitung der SED-Diktatur" durch die Wörter „Aufarbeitung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR" ersetzt.

cc) In Nummer 5 werden die Wörter „Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR" durch die Wörter „Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR" ersetzt.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 2 und 4 wird nach „Jede Fraktion" jeweils eingefügt „und Gruppe".

b) In Absatz 1 Satz 4 werden die Wörter „Aufarbeitung der SED-Diktatur" durch die Wörter „Aufarbeitung der Gesellschafts- und Herrschaftsverhältnisse in der DDR" ersetzt.

Bonn, den 30. März 1998

Dr. Uwe-Jens Heuer
Maritta Böttcher
Dr. Ludwig Elm
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Im Respekt vor den Menschen, denen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR Unrecht zugefügt wurde, unterstützt die Gruppe der PDS die Errichtung einer Stiftung, die sich im besonderen Maße der Anliegen der Opfer annimmt. Zur Aufarbeitung gehört auch die Sicht und die direkte Beteiligung der Opfer und die Auseinandersetzung mit den Unterdrückungsmechanismen.

Der Änderungsantrag ist darauf gerichtet, im Namen und bei der Zielstellung der Stiftung den Eindruck einseitiger Orientierung und pauschaler Abstempelung und Abrechnung zu vermeiden. Nicht nur die gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen sondern auch die Machtstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR sind differenziert und im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR insgesamt, den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den weltpolitischen Entwicklungen zu beurteilen.

Der Begriff „SED-Diktatur", der in dem Entwurf in unterschiedlicher Form nicht weniger als 12mal vorkommt, ist allein nicht geeignet, die gesellschaftlich-staatliche Wirklichkeit in der DDR angemessen zu erfassen. Die SED hat den Staat der DDR selbst als Diktatur bezeichnet, allerdings mit einem anderen Inhalt. Die DDR hatte viele diktatorische Züge im Sinne von Unterdrückung. Die Verwendung dieses Begriffs für den Namen und die Kennzeichnung der Ziele der Stiftung erweckt den Verdacht, daß die Stiftung zu der dem Zeitgeist entsprechenden pauschalen Verurteilung der DDR und ihrer zumindest teilweisen Gleichstellung mit der NS-Diktatur genutzt werden soll. Auch die Berufung auf den „antitotalitären Grundkonsens" läuft auf eine solche Gleichstellung hinaus. Die Totalitarismusdoktrin spielte in der Bundesrepublik Deutschland der 70er und 80er Jahre keine wesentliche Rolle mehr und ist auch heute wissenschaftlich umstritten.

Demgegenüber schlägt die Gruppe der PDS Formulierungen für Namen und Ziel der Stiftung vor, die sowohl den Ansprüchen der Opfer als auch den Grundsätzen ideologischer Unvoreingenommenheit und wissenschaftlicher Objektivität entsprechen.

Es sollte selbstverständlich sein, daß alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien unabhängig vom Status als Fraktion oder als Gruppe im Stiftungsrat mitwirken. Die PDS ist daran um so mehr interessiert, als sie sich ihrer historischen Verpflichtung gegenüber den Opfern der Machtverhältnisse in der DDR bewußt ist, ebenso wie der Tatsache, daß auch zahlreiche Mitglieder der SED, die Mitglieder der PDS sind oder bis zu ihrem Tod waren, unter Verfolgungen und Unterdrückungen zu leiden hatten.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333